



Nr. 4 | März 2008

GRÜNE in Dortmund

GRÜNE in Dortmund

*Integration —
Offen Füreinander!*

Interview mit
Wilhelm Steitz,
Rechts-,
Ordnungs- und
Umweltdezernent

Liebe LeserInnen!

In Deutschland hat heute jedes vierte Neugeborene mindestens einen ausländischen Elternteil und jeder dritte Jugendliche in Westdeutschland einen Migrationshintergrund.

Grund genug, uns in der 4. Ausgabe unserer GRinDO (GRÜNE in DORTMUND) mit dem Schwerpunkt Migration und Integration zu beschäftigen.

Politik hat die Aufgabe, sozialen Aufstieg auch für ZuwanderInnen tatsächlich zu ermöglichen und dafür zu sorgen, dass Kommunen aktive Integrationsangebote leisten.

Umgekehrt erwarten wir von den Menschen, die dauerhaft hier leben wollen, dass sie bereit sind, sich für unsere Gesellschaftsordnung zu öffnen und ihren Teil zur Entwicklung dieses Landes beizutragen.

Wann aber entscheidet sich, ob ein Zugewanderter / eine Zugewanderte in unsere Gesellschaft integriert ist?

Integration beginnt mit dem Erwerb der deutschen Sprache, deshalb nenne ich hier die Stichworte: Kindergartenbetreuung ab dem 1. Lebensjahr und integrative Schule.

Genauso wichtig sind: Ausbildung und Arbeitsmarktzugang, Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Förderung politischer Partizipation, sowie die überfällige Gleichstellung des Islam.

Gute Integrationspolitik ist aber gleichzeitig auch gute Sozialpolitik.

Die Einführung des Sozialtickets auf Antrag der GRÜNEN ist für Dortmund ein Meilenstein auf dem Weg zu einer Sozialen Stadt.

Ab März werden schon 11.000 Menschen in dieser Stadt für 15 Euro pro Monat Busse und Bahnen nutzen und

mit mehr Mobilität ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern können. Damit gewinnen sie ein Stück Lebensqualität zurück.

Vielfalt ist eine Bereicherung für unsere Stadt. Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben das Ziel, dass alle in der Gesellschaft ankommen.



Martina Müller
Geschäftsführerin
Kreisverband Dortmund



Die Einführung des Sozialtickets auf Antrag der GRÜNEN ist für Dortmund ein Meilenstein auf dem Weg zu einer Sozialen Stadt.

Magazin

..... Seiten 4 und 5

INTEGRATION

Schwerpunkt



Wilhelm Steitz

Die Integration ermöglichen — Interview mit Wilhelm Steitz, Rechts-, Ordnungs- und Umweltsdezernent der Stadt Dortmund

..... Seiten 6 und 7

Ausländerbeiräte sind wie Wachkompatienten — Gastbeitrag von Adem Sönmez

..... Seiten 8 und 9

Wenn Fremde Freunde werden — Migrationspolitik der GRÜNEN

..... Seiten 10 und 11

Jugend ergreift Partei

..... Seiten 12 und 13

GRÜN Streifen, Magazin, Termine

..... Seiten 14, 15 und 16

IMPRESSUM:

GRinDo ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Dortmund
Ruhrallee 44, 44139 Dortmund (Herausgeber), 0231- 12 11 71. info@gruene-dortmund.de
v. i. S. d. P.: Hilke Schwingeler (HS) (Sprecherin) und Ulrich Langhorst (UL) (Sprecher). Mit Beiträgen von Jeannette Becker (JB), Stephan Gümbel (SG), Dagmar Greskamp (DG), Martina Müller (MaM) Daniela Schneckenburger (DS) und Gisela Sichelschmidt (GS).
Redaktion und Layout: Markus Magaschütz (MM),
Illustrationen: Friederike Engels, Druck: Druckwerk GmbH, Dortmund
Auflage: 1.000 Exemplare
Die Abgabe ist kostenfrei.

Integration — Offen füreinander!
Rund 74.00 Menschen mit Migrationshintergrund leben in Dortmund.
Im Schwerpunkt lesen Sie ein Interview mit Wilhelm Steitz zum Thema Masterplan Integration, einen Gastbeitrag von Adem Sönmez, dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates, zur politischen Partizipation von MigrantInnen sowie einen Bericht der GRÜNEN Ratsfraktion zur kommunalen Migrationspolitik in Dortmund.



Die Dortmunder GRÜNEN haben das Sozialticket durchgesetzt und feierten mit der Fahrt der Sozialticket-Bahn.



Zug der Erinnerung — Gewinn für Dortmund

„In sowjetischer Kriegsgefangenschaft zeigte man uns Bilder von Auschwitz. Wir haben das nicht geglaubt.“

Der das sagt, steht bewegt vor den Arbeiten der Gutenberg-SchülerInnen. Walter Lenneberg aus Aplerbeck, der mit 14 Jahren in Auschwitz starb, wurde von ihnen dem Vergessen entrissen.

7000 Besucher schauten sich an vier Tagen den *Zug der Erinnerung* an, darunter 80 Schulklassen.

Geduldig warteten sie auf dem nasskalten Bahnsteig 31 des Hauptbahnhofs, warteten darauf, sich von dem unbeschreiblichen Leid deportierter Kinder in Nazi-Deutschland und der brutalen Bürokratie der Deutschen Reichsbahn überwältigen zu lassen.

Wer, wie auch einige GRÜNE, die Möglichkeit hatte, aktiv diesen Zug zu begleiten, konnte sich davon überzeugen, welchen Eindruck die sich auf einzelne Schicksale konzentrierende

Ausstellung auf den Gesichtern hinterließ. Am Ende mussten manche reden, die meisten aber schwiegen. Vor dem Zug hatte Manfred Brückner die „Säule der Erinnerung“ aufgestellt. Auf Steinen wurden die Namen von 102 deportierten Dortmunder Kindern in ihr verewigt. Wir sollten mit dafür sorgen, dass diese Säule und mit ihr die Erinnerung nun einen gebührenden Platz in Dortmund erhält. (SG)

www.zug-der-erinnerung.eu

LDK: Ein lebenswertes NRW ist GRÜN



Der nächste Landesparteitag der GRÜNEN NRW findet am 12./13. April 2008 ab 11 Uhr in Hamm statt. www.gruene-nrw.de

DIE GRÜNEN NRW werden den von den Regierungen in Bund und Land eingeschlagenen Weg in einen Überwachungsstaat nicht mitgehen. Wir wollen den demokratischen Rechtsstaat schützen und setzen deshalb das Thema BürgerInnen- und Freiheitsrechte als Topthema der Landesdelegiertenkonferenz (LDK).

Die FDP hat als Partei der Bürgerrechte versagt - im Gegenteil profiliert sich ihr Innenminister in NRW als Vorreiter bei der Aushöhlung des Datenschutzes mit seinem - vor dem Bundesverfassungsgericht gescheiterten - Versuch, die Online-Schnüffelei zum Gesetz zu machen. Wir setzen dagegen eine Politik, die BürgerInnenrechte und Terrorbekämpfung in Einklang bringt, die Informations- und Selbstbestimmungsrechte von VerbraucherInnen schützt, sowie Vorratsdatenspeicherungen und Video-Überwachungen ablehnt.

Sozialpolitisch bleibt das Versagen der Landes- und der Bundesregierung bei der Armutsbekämpfung ein Grundproblem. Altersarmut droht nach Jahren

des Rückgangs wieder dramatisch zu wachsen und damit auch die Mitte der Gesellschaft zu erreichen. Das Rentenniveau wird vor-aussichtlich sinken. Unser Ziel ist es, durch Korrekturen am Arbeitsmarkt heute dafür vorzusorgen, dass die Zahl der Menschen, die im Alter auf dem Niveau der Grundsicherung leben müssen, reduziert wird. Um die dazu notwendigen Weichenstellungen geht es auf der LDK.

Auch unser ureigenes GRÜNES Thema soll auf der LDK nicht zu kurz kommen. Die Landesregierung bleibt sich als *gefährlicher Klimakiller* treu. Sie versteht unter Energiepolitik vor allem eine Politik für RWE und E.ON - und für die Atomlobby, wie jüngste Äußerungen zeigen. Wir setzen dagegen auf ein konsequentes Umsteuern in der Energiepolitik, für das wir auch kleine und mittelständische Handwerksunternehmen gewinnen wollen. *Handwerk hat grünen Boden* - unter diesem Motto wollen wir eine Debatte für den Ausbau regenerativer Energien in den Kommunen führen. (DS)

Freie Fahrt für das Sozialticket

In der GRÜNEN Sozialticket-Bahn informierten die Dortmunder GRÜNEN über das neue Sozialticket.

„Kommen Sie herein. Wir fahren zur Westfalenhütte.“ Mario Krüger lud die ungläubig Wartenden in die Straßenbahn. „Sonderfahrt“ war vorne zu lesen. Eine besondere Fahrt war es auch, mit der die Einführung des Sozialtickets am 1. Februar begangen wurde.

Für diesen Tag hatten Bündnis 90/Die GRÜNEN lange Jahre gekämpft. Bis zuletzt wurde um den Preis gerungen. Nun ist das Dortmunder Sozialticket für 15 Euro zu haben. Wer Anspruch auf den *Dortmund-Pass* hat, darf mit ihm ganztägig durch das gesamte Stadtgebiet fahren. So neu dieses Ticket ist, so groß ist der Informationsbedarf der ÖPNV-NutzerInnen.

Von draußen und drinnen konnten sie sich bei der *GRÜNEN Sozialticket-Bahn* über das bundesweit günstigste Ticket für arme Menschen und über seine Initiatoren informieren. Da wurde jeder GRÜNE Kopf gebraucht. Viele Fahrgäste hatten noch nie etwas von diesem Angebot gehört, von anderen kam die Antwort: „Hab ich schon. Ist das von den GRÜNEN?“

Als Krönung gab es für die Beantwortung von drei Fragen und mit etwas Glück ein Jahresabonnement für das Sozialticket zu gewinnen.

Mit wenigen Verschnaufpausen für die zahlreichen Aktiven fuhr die Bahn unermüdlich zwischen West und Ost, durch Dorstfeld und Körne, am Versorgungsamt oder dem Borsigplatz vorbei.

Während der Fahrt entwickelten sich inmitten bunter Luftballons interessante Gespräche. Es herrschte eine fröhliche, gelöste Stimmung. Schließlich war die Fahrt in der schaukelnden Straßenbahn frei. Umsonst war sie nicht.

SG

Fotos: Heinz Schröder, Rita-Maria Schwalgin, Hans-Helmut Schlicht



Die Dortmunder GRÜNEN haben das Sozialticket durchgesetzt und feierten mit einer Straßenbahnfahrt seine Einführung.



Die Integration ermöglichen!

Wilhelm Steitz, Dortmunds Rechts-, Ordnungs- und Umweltdezernent, möchte Dortmunder MigrantInnen Türen öffnen.

GRinDO: Was ist das Ziel des Masterplans Integration?

Wilhelm Steitz: Das Ziel des Masterplans ist, die bestehenden Defizite bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund aufzuheben. Zu lange ist dies versäumt worden. Insbesondere bürgerliche PolitikerInnen hielten an der Lüge, Deutschland sei kein Einwanderungsland, zu lange fest. So entstand auch in der Dortmunder Verwaltung ein Handlungsstau. Es fehlte lange eine Gesamtsteuerung mit Schwerpunkten und eine Koordination der Integrationsbemühungen.

GRinDO: Wer von PolitikerInnen Äußerungen zur Integration hört, könnte vermuten, dass da ein Kuhhandel geplant ist. Wer brav die deutsche Sprache lernt und Werte anerkennt, bekommt im Gegenzug die deutsche Staatszugehörigkeit samt Wahlrecht und Islamunterricht zugesprochen.

Wilhelm Steitz: Nein, die Integration soll nicht nach kapitalistischen Mustern erfolgen. Beide Seiten, die Mehrheitsgesellschaft und die MigrantInnen, müssen die Eigenheiten des jeweils Anderen beachten.

Die Menschen mit Migrationshintergrund müssen aus sich heraus erkennen, dass Sprache eine zentrale Voraussetzung für die Teilhabe an Beruf und Kultur ist. Es ist falsch, Menschen zu bestrafen, wenn sie sich gegen einen Sprachkurs entscheiden. Motivation und Einladungen sind wichtiger als Sanktionen. Das Problem besteht vielmehr bei den Sprachkursen selbst. 600 Unterrichtsstunden reichen nicht, um Deutsch zu lernen. Die Menschen wollen oft mehr lernen, als wir ihnen zurzeit anbieten. Die Übernahme der Werte der Mehrheitsgesellschaft wird überschätzt. Irrtümlich gehen viele

davon aus, dass die Zahl der Konflikte geringer sei, wenn eine Gemeinschaft gemeinsame Werte habe. Dabei zeigen sich auch in der Mehrheitsgesellschaft zahlreiche Konflikte, bei denen die gemeinsamen Werte gegeneinander ausgespielt werden.

GRinDO: Ignorierte eine Multi-Kulti-Romantik die Werteunterschiede der MigrantInnen einfach?

Wilhelm Steitz: Solche Vorwürfe sind absurd und diffus. Zum einen ist unklar, wer solch eine Multi-Kulti-Romantik gepflegt haben soll, zum anderen haben z. B. auch GRÜNE stets ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen gefordert, weil häusliche Gewalt als Problem abweichender Werte und veralteter Konventionen von MigrantInnen erkannt wurde.

GRinDO: Worunter leiden denn die MigrantInnen?

Wilhelm Steitz: Menschen mit Migrationshintergrund leiden vor allem unter Faktoren, die sich indirekt auf sie besonders intensiv auswirken. Das Schulsystem sortiert alle SchülerInnen sehr früh aus. Unzureichende Sprachkenntnisse können zu schlechten Noten und später zu einer Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt führen. Sofern in Familien von MigrantInnen mehrere Kinder leben, sind diese besonders hart betroffen. Zudem wird oft der Stellenwert einer Ausbildung für junge Migrantinnen anders bewertet als in der Mehrheitsgesellschaft.

GRinDO: Was kann ein Masterplan Integration daran ändern?

Wilhelm Steitz: Schule, Ausbildung und Beschäftigung sind ein zentrales Handlungsfeld des Masterplans Integration. Im Herbst hat eine Projektgruppe Handlungsempfehlungen für

diesen Bereich vorgelegt. Eine Idee ist zum Beispiel das Konzept der Grundschule Kleine Kielstraße auf weitere Dortmunder Grundschulen und -modifiziert- auf die Klassen fünf bis zehn und elf bis dreizehn zu übertragen. Dabei sollen die LehrerInnen frühzeitig mit der Elternarbeit beginnen, Kontakte knüpfen und vorschulische Bildungs- und Förderangebote sowie eine ganztägige Betreuung vernetzen. Entsprechende Hinweise sollen die Eltern bereits in den Kindertagesstätten erhalten.

LehrerInnen und SozialarbeiterInnen sollen Bezüge zum Umfeld herstellen und sich auch außerhalb des Unterrichtes engagieren. Bilingualer Unterricht soll Bildungschancen verbessern. Deutsch und die jeweilige Muttersprache sind dann gleichberechtigt. Der Masterplan Integration zielt darauf, alle Sprachen in Schule und Unterricht zu vertreten. Das ist eine ständige Herausforderung, da SchülerInnen nicht nur türkisch oder russisch, sondern neuerdings auch bulgarisch sprechen.

GRinDO: Im Masterplan Integration ist oft von *Interkultureller Öffnung* und *Interkulturellen Potentialen* die Rede. Was ist damit gemeint?

Wilhelm Steitz: Die Öffnung der Mehrheitsgesellschaft. Integration von MigrantInnen kann nur gelingen, wenn sich die Mehrheitsgesellschaft für fremde Kulturen öffnet. Die Angestellten in der Verwaltung oder z.B. in den Altenwohnheimen sollten Grundkenntnisse in Fremdsprachen haben, um mit MigrantInnen reden zu können. Wer in der Stadtverwaltung anruft und nur wenig oder kein Deutsch spricht, sollte zumindest von einem/r GesprächspartnerIn zurückgerufen werden können. Da müssen

wir in der Verwaltung weiter qualifizieren. Hinter den Interkulturellen Potentialen verbergen sich Chancen der Unternehmen, die auf international zusammengesetzte Teams setzen. Firmen, in denen z.B. Engländer, Indianer und Deutsche zusammenarbeiten, sind effizienter, weil Probleme aus unterschiedlichen Perspektiven gesehen und unterschiedliche Methoden miteinander verbunden werden. Um diesen Gedanken in die Öffentlichkeit zu transportieren, erarbeitet die Verwaltung eine Kampagne.

GR/ndO: Die Kampagne hilft dem jungen Mensch wenig, wenn er Schul- und Berufsausbildung bewältigen soll, aber noch nicht integriert ist?

Wilhelm Steitz: Da planen wir im Masterplan-Prozess die Ernennung von IntegrationslotsInnen in den MigrantInnenorganisationen. Das sind PatInnen, die den Heranwachsenden und den MigrantInnen bei der Integration helfen, Angebote und ihre individuellen Bedürfnisse miteinander zu verbinden.

GR/ndO: Welchen Stellenwert hat die Zusammenarbeit mit MigrantInnenorganisationen?

Wilhelm Steitz: Für die Integration von MigrantInnen ist eine Zusammenarbeit mit ihren Organisationen unverzichtbar. Sie sind bereits jetzt im Masterplan-Prozess eingebunden. Eine Mitarbeiterin des Integrationsbüros hält ständig den Kontakt zu ihnen, um Hilfen anzubieten. Mit Unterstützungen aus Fördertöpfen kann z.B. eine Tafel finanziert werden, die für den Sprachunterricht und somit für die Integration benötigt wird. Umgekehrt erhalten wir so einen besseren Überblick über die Angebote.



Wilhelm Steitz, Dortmunds Rechts-, Ordnungs- und Umweltdezernent.

Gemeinsam in Vielfalt- Zuhause in Dortmund

Unter diesem Motto forderte der Dortmunder Rat im Juli 2007 den Masterplan Integration. Im Beschluss heißt es: „Integration beinhaltet im Kern die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen unterschiedlicher Herkunft am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Dortmund auf der Grundlage der Werteordnung des Grundgesetzes.“

Das Integrationsbüro koordiniert die Erstellung des Masterplans gemeinsam in den fünf Projektgruppen Schule/Ausbildung/Beschäftigung, Interkulturelle Öffnung, Sprachförderung, Kinder und Jugendliche sowie Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Die Ratsfraktionen und der Ausländerbeirat, MigrantInnenorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, die ARGE und die Agentur für Arbeit sind in den Projektgruppen vertreten.

www.integrationsbuero.dortmund.de



Ausländerbeiräte sind wie Wachkomapatienten

Über die politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten berichtet Adem Sönmez, Vorsitzender des Dortmunder Ausländerbeirates.

Integration ist inzwischen von vielen Seiten ein akzeptiertes und formuliertes Ziel. Ein einheitliches Verständnis darüber, was Integration beinhaltet und ausmacht und wer integriert werden bzw. sich integrieren soll, ist jedoch nicht vorhanden.

Integration kann und darf nicht Assimilierung bedeuten, sondern den beständigen Prozess der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens in einem Gemeinwesen. In diesem Sinne kann die Integration der Einwanderer auch wesentlich durch demokratische Beteiligung zu Wege gebracht werden. Man kann sich nur ohne Krampf und Heuchelei integrieren, wenn man sich selbst einem Land zurechnet und dieses als Eigenes anerkennt.

Die Verleihung des Wahlrechts an die Einwanderer ist eine Voraussetzung für ihre Identifikation mit dem Land und ihre Integration in dessen Verhältnisse. Wer sein Lebensumfeld aktiv mitgestalten kann, wird Identifikationen entwickeln.

Politische Integration

Politische Integration, verstanden als Zustimmung zur politischen und rechtlichen Ordnung des demokratischen Verfassungsstaates, setzt somit Beteiligungsrechte auch für MigrantInnen voraus. Das heißt, dass die politische Beteiligung der MigrantInnen die Integration fördert und die Integration selbst sogar die politische Mitbestimmung fordert.

Welche Möglichkeiten haben die Einwanderer, sich politisch hier in Deutschland und in Dortmund zu be-

teiligen und politischen Einfluss auszuüben? Bis heute haben sie sowohl auf der kommunalen als auch auf der Landes- und Bundesebene kein Wahlrecht.

Ein nennenswerter Bevölkerungsanteil darf sich nicht an den politischen Wahlen beteiligen und ist der Gefahr ausgesetzt, bei der politischen Willensbildung vernachlässigt zu werden.

Daher kam die Idee auf, den ausländischen EinwohnerInnen auch ohne Einbürgerung das Wahlrecht für Ausländerbeiräte in den Gemeinden zu gewähren. Das war eine Notlösung, ein notdürftiger Ersatz für die ansonsten verweigerten Bürgerrechte.

Die Ausländerbeiräte sollten das fehlende Wahlrecht der ausländischen Wohnbevölkerung kompensieren. Durch seine Wahlen und Aktivitäten sollen MigrantInnen eine Möglichkeit der allgemeinen politischen Partizipation erhalten.

Die Ausländerbeiräte, in der Form wie sie jetzt existieren, und dazu gehört auch der Ausländerbeirat der Stadt Dortmund, haben einen sehr schweren Stand in der Politik.

Ohne politischen Einfluss

Sie können keinen spürbaren Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, sie beraten nur den Rat, die Gremien und die Bezirksvertretungen über die Probleme der ausländischen Bevölkerung.

Daher gibt es bei der ausländischen Bevölkerung Enttäuschungen und Ohnmacht darüber, dass die Beiräte wenig erreichen und bewegen können

- worüber wir uns alle wahrscheinlich einig sind. Dieses führt bei manchen aktiven MigrantInnen in den Beiräten dazu, dass sie diesem Gremium den Rücken kehren und sich resigniert zurückziehen. Gleichzeitig beeinflussen diese Meinungsführer weitere Menschen in ihrem Umfeld, so dass wir dieses bei den Ausländerbeiratswahlen zu spüren bekommen.

Wachkomapatient

Von Wahl zu Wahl gehen weniger MigrantInnen zur Wahlurne. Die Wahlbeteiligung geht auch aus einem anderen Grund zurück:

Die Wähler der Ausländerbeiräte kommen langsam aber sicher abhanden. Während wir die MigrantInnen zur Einbürgerung motivieren, verlieren wir unser Wählerpotential.

Dieses

Potential ist aber gerade das aktivste und engagierteste unter allen MigrantInnen. Sie dürfen sich zwar für ihre Beiräte wählen lassen, haben aber kein aktives Wahlrecht.

Der größte Teil der Mitglieder unseres Beirates haben auch diesen Status. Ausländerbeiräte sind wie Wachkomapatienten. Sie befinden sich in einem Zwischenstadium. Sie haben weder echte Entscheidungsbefugnisse, noch möchte man die ausländischen EinwohnerInnen bei der politischen Willensbildung außen vor lassen.

Echte politische Beteiligung und Einflussnahme von MigrantInnen kann in dieser Form der Ausländerbeiräte nicht stattfinden. Daher müssen diese Gremien echte Entscheidungsbefugnisse erhalten. Dies kann in Form

Auf zur Wahlurne!
Damit alle Migrantinnen und Migranten
das vollständige Wahlrecht erhalten,
bedarf es noch immer einer
politischen Kraftanstrengung
 – meint Adem Sönmez in seinem Gastbeitrag.
 Illustration: Friederike Engels

eines Ausschusses möglich sein. Über diese Möglichkeit haben wir in der Vergangenheit in Dortmund diskutiert. Der Forderung des Ausländerbeirates, diesen in einen Ausschuss umzuändern, wurde aber vom Ministerium widersprochen. Die andere Möglichkeit der politischen Beteiligung ist ein kommunales Wahlrecht für alle MigrantInnen

Dieses Thema, das auch unser Ziel ist, geht völlig unter. Keine Bundes- oder Landesregierung, keine Partei ergreift hier ernsthaft die Initiative. Eine andere Möglichkeit, die die Wahlbeteiligung der Ausländerbeiräte schwächt, ist die Einbürgerung.

Dadurch erhalten die Migrantinnen und Migranten nicht nur das Kommunalwahlrecht, sondern auch Wahlrecht zu den Landtagen und zum Bundestag.

Diese Möglichkeit ist eine echte politische Beteiligung und Einflussnahme der MigrantInnen.

Es gibt aber eine große Zahl von ausländischen EinwohnerInnen, die sich nicht einbürgern lassen.

Die Entscheidung dieser Leute muss man respektieren und dafür sorgen, dass sie sich auch politisch beteiligen können. Deswegen sind wir der Meinung, dass der Ausländerbeirat echte Entscheidungsbefugnisse haben muss. Mit ihnen bekäme ein großer Bevölkerungsanteil die politische Gleichberechtigung.

Mit der politischen Mitbestimmung der ausländischen Bevölkerung wird auch die Integration mit aufrechten Gang auf den richtigen Weg gebracht.

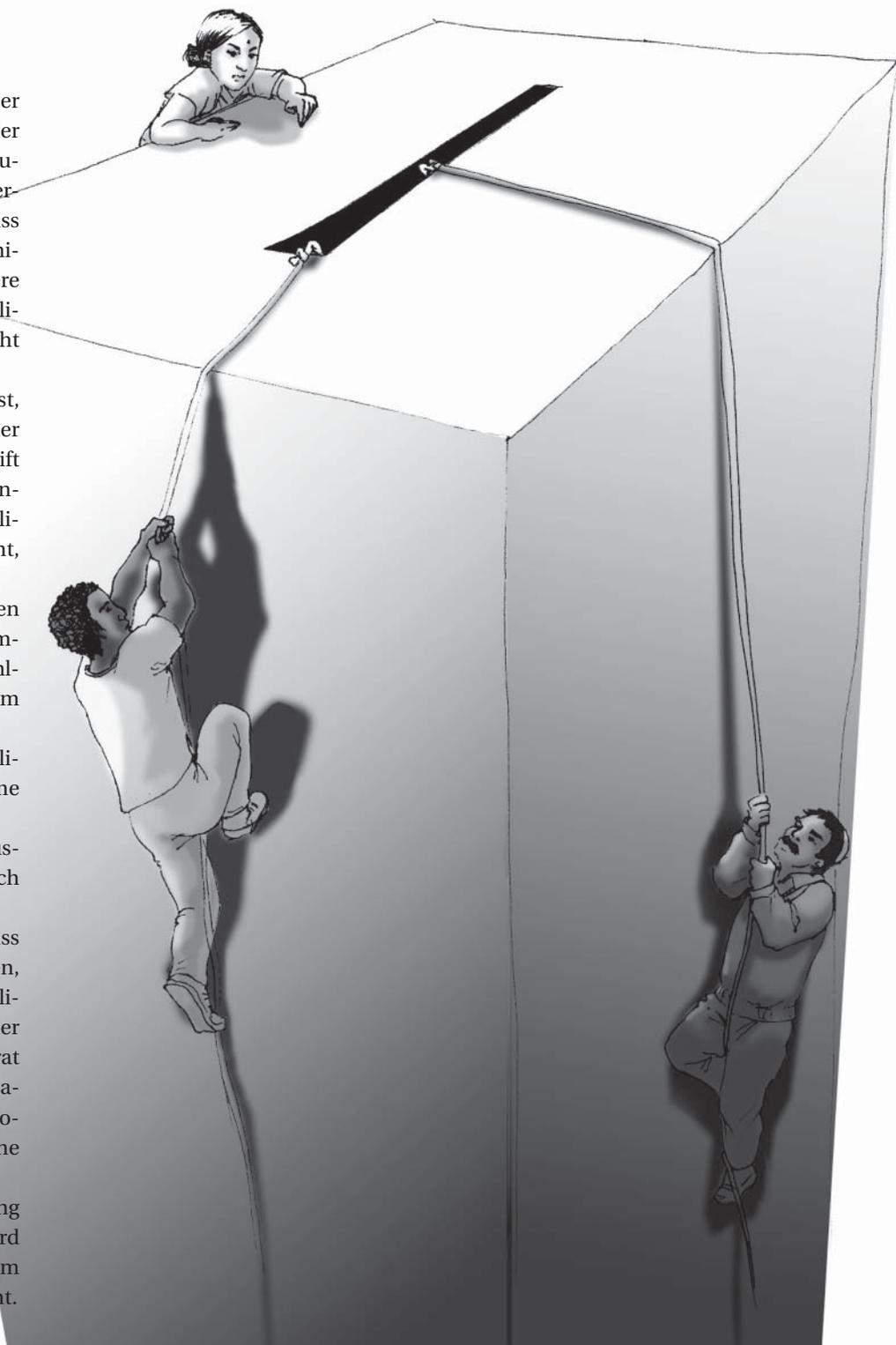


Foto: BVB Borussia Dortmund



Tinga könnte sich spielend integrieren. Der Brasilianer ist in der Mehrheitsgesellschaft willkommen — solange er spannenden Fussball spielt. Doch was ist eigentlich mit den MigrantInnen, die keine Tore schießen? Bleiben Sie im Abseits stehen? Ist die Mehrheitsgesellschaft offen für diese Menschen?

Wenn Fremde Freunde werden,

dann ist die Integration von MigrantInnen gelungen.

In Dortmund leben rund 74.000 Menschen mit Migrationshintergrund.

Die GRÜNE Fraktion im Dortmunder Rat fordert und formuliert Impulse für deren Integration.

Paulo Cesar Fonseca do Nascimento, oder (Tinga, Foto), hätte kein Problem mit der Integration - der Brasilianer spielt Fußball bei Borussia Dortmund.

Das Glück haben nicht alle MigrantInnen. Viele von ihnen stehen noch immer im Abseits und leben ohne eine starke Verbindung zur deutschen Mehrheitsgesellschaft. Bleiben sie Fremde?

Damit sie Freunde werden, fordert die Dortmunder GRÜNE Ratsfraktion eine kommunale Integrationspolitik. Die Ziele: Bildungs- und Erwerbchancen, politische Mitbestimmung und Teilhabe am öffentlichen, kulturellen Leben verbessern. „Bündnis 90/DIE GRÜNEN treten für eine Kultur des Respekts vor kulturellen Unterschieden ein. Um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, bedarf es der Bereitschaft zur Integration sowohl von Zugewanderten als auch seitens der Mehrheitsgesellschaft“, betont Helga Hilbert, Ratsmitglied der GRÜNEN und Mitglied des Ausländerbeirates. Dabei erschweren noch immer zahlreiche Hürden den Alltag der MigrantInnen.

Mehrsprachigkeit

Die große Mehrheit der Zugewanderten absolviert noch immer nur die Hauptschule. Und SonderschülerInnen gibt es unter den SchülerInnen mit Migrationshintergrund doppelt so viele wie AbiturientInnen.

Die Sprachbarrieren der MigrantInnen sind hierfür ein wesentlicher Grund. Daher hat Rot-GRÜN im Dortmunder Rat die Sprachförderung im Unterricht verbessert. An Schulen in der Nordstadt wurden Schülerclubs und Elterncafes eingerichtet. So werden die Sprachbarrieren abgebaut.

„Der Spracherwerb muss die sichere Beherrschung der Muttersprache und der deutschen Sprache umfassen und für Zugewanderte aus allen Ländern gelten“, so Hilbert. Bilinguale Sprachförderung ist das Motto. Die doppelte Alphabetisierung bleibt auch in Zukunft ein wichtiges Ziel.

Mitbestimmung

Wer Deutsch spricht und versteht, kann auch am politischen Leben teilnehmen und mitbestimmen. Dazu müssen aber auch die Strukturen passen. GRÜNE fordern daher ein kommunales Wahlrecht für alle MigrantInnen.

Die Dortmunder GRÜNEN unterstützen die Kampagne „Hier, wo ich lebe, will ich wählen“ der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (LAGA), des DGB, des Landesjugendrings und der Wohlfahrtsverbände zur Einführung des Kommunalen Wahlrechts für alle legal in Deutschland lebenden MigrantInnen. Hierzu bereiten sie einen entsprechenden Ratsantrag vor. Voraussetzung für ein Kommunales Wahlrecht aller MigrantInnen ist jedoch eine Änderung des Grundgesetzes.

Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat dazu gegen Ende des letzten Jahres einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorgelegt. Markus Kurth, Bundestagsabgeordneter der GRÜNEN: „Wir wollen damit erreichen, dass die Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben und bisher kein Stimmrecht haben, zukünftig mitbestimmen können, was in ihrer Stadt passiert. Integration setzt für uns auch die Möglichkeit der politischen Beteiligung und Teilhabe voraus. Das Kommunale Wahlrecht schafft diese Möglichkeit.“

Um kurzfristig die politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten für MigrantInnen in Dortmund zu verbessern, hat Rot-GRÜN im Rat beschossen, einen Integrationsrat einzurichten.

Das Gremium soll zu zwei Dritteln mit direkt gewählten MigrantInnen und zu einem Drittel mit Ratsmitgliedern besetzt sein. So stellen die MigrantInnen die Mehrheit, und gleichzeitig können die Ratsfraktionen die Beschlüsse des Integrationsrat umsetzen.

Der bisherige Ausländerbeirat reicht den GRÜNEN nicht aus, da dessen Kompetenzen und Befugnisse der bisherigen Ausländerbeiräte nicht

denen eines normalen politischen Ausschusses entsprechen: „Der Dortmunder Ausländerbeirat als Vertretung aller MigrantInnen hat nur eine beratende Funktion. Durch den mittlerweile vom Rat beschlossenen neuen Integrationsrat wird sich zwar zukünftig die politische Teilhabe etwas verbessern. Ein Ersatz für ein allgemeines kommunales Wahlrecht ist er aber auch nicht“, so Helga Hilbert.

Das grundsätzliche Problem bleibt bestehen: Viele Menschen, die seit vielen Jahren in Dortmund leben und deren Kinder in Dortmund geboren sind und aufwachsen, dürfen nicht über die Zukunft ihrer Stadt mitentscheiden.

Minarett

Neben der politischen Partizipation sehen die GRÜNEN auch die Ausübung der Religion als ein wichtiges Grundrecht der MigrantInnen an. Ein Beispiel dafür ist das geplante Minarett in Eving.

Gisela Sichelschmidt, Sprecherin der GRÜNEN Fraktion in der Bezirksvertretung Eving: „Wir sehen das geplante Minarett nicht als Abgrenzung, sondern als Zeichen von Integration. In diesem Zusammenhang ist für uns auch ein Muezzin-Ruf kein Problem.“ Kritisch sieht sie das Verhalten der CDU, wenn diese mit Flugblättern und einer Unterschriftenaktion die öffentliche Stimmung anheizt.

Hilfreicher ist da der Runde Tisch, den Rot-GRÜN initiieren wird. Mit Vertretern des DITIB-Kulturvereins, der die Moschee betreibt, und öffentlichen Einrichtungen im Stadtteil Eving soll die Integration verbessert werden.

„DITIB leistet seit vielen Jahren mit Sprach- und Computerkursen sowie einer Hausaufgabenhilfe eine gute Integrationsarbeit“, lobt Sichelschmidt den Verein.

Das Verhalten der CDU ist daher umso unverständlicher. Hier ist doch bei den MigrantInnen der Wille zur Integration erkennbar. Vielleicht lebt die CDU in einer Parallelgesellschaft, die dies ausblendet. (MM)

Jugend ergreift Partei

Die GRÜNE Jugend Dortmund ist die politische Jugendorganisation des GRÜNEN Kreisverbandes Dortmund.

In dieser GRinDO-Ausgabe stellen sich einige Aktive vor.



1. Isabel Backes, Schülerin.

Bei den GRÜNEN bin ich Sprecherin der GRÜNEN Jugend. Meine politischen Schwerpunkte sind Bildungspolitik, Antifaschismus und GRÜNE Sozialpolitik. Mein erstes Mal bei den GRÜNEN liegt schon etwas zurück. Wahrscheinlich war es ein Sommerfest der GRÜNEN Jugend, auf das ich durch Freunde aufmerksam geworden bin. Nach drei Jahrzehnten sind Bündnis 90/DIE GRÜNEN hoffentlich nicht weiter in die Mitte gerückt und schließen ein schwarz-grünes Bündnis endgültig aus. In zehn Jahren haben die GRÜNEN hoffentlich das Umweltbewusstsein der Menschen positiv geprägt und mindestens 11 % bei der Bundestagswahl erreicht. Ich freue mich darauf, dass in diesem Jahr meine Schulzeit endet und ich mich mehr auf politische Aktivitäten konzentrieren kann. An Dortmund gefällt mir das große Angebot an alternativen Konzerten und Clubs, die nicht gänzlich dem Mainstream verfallen sind.

2. Lea Schäfer, Absolventin eines Freiwilligen Sozialen Jahres.

Bei den GRÜNEN bin ich erst seit kurzem Mitglied. Meine politischen Schwerpunkte sind Antifaschismus, Bildungspolitik und Innere Sicherheit. Mein erstes Mal bei den GRÜNEN hat mich motiviert weiter zu machen — sympathische Menschen, mit denen man sich austauschen kann. In zehn Jahren haben die GRÜNEN hoffentlich noch mehr aktive (jugendliche) Mitglieder und Wähler. Ich freue mich darauf, dass ich in diesem Jahr Aktionen der GRÜNEN Jugend mitgestalten und unterstützen kann. An Dortmund gefällt mir das ROTO-Theater, Roxy und das Schauspielhaus.

3. Wenzel Matiaske, Schüler.

Bei den GRÜNEN bin ich Kurator der GRÜNEN Jugend. Meine politischen Schwerpunkte sind Antifaschismus und Umweltpolitik. Mein erstes Mal bei den GRÜNEN war sehr lustig und lockerer als ich dachte. Nach drei Jahrzehnten sind Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine gut funktionierende Oppositionspartei. In zehn Jahren haben die GRÜNEN hoffentlich mehr Wähler, die den Klimawandel ernst nehmen. Ich freue mich darauf, dass in diesem Jahr wieder einmal Protest gegen den Flughafen und für neue Skaterplätze laut wird. An Dortmund gefällt mir, dass es so vielseitig ist. Außerdem gefällt mir, dass man mit fast allen offen reden kann.

4. Enno Wiesner, Schüler.

Bei den GRÜNEN bin ich GRÜNE Ruhr Delegierter. Meine politischen Schwerpunkte sind Bildungs-, Sozial- und Umweltpolitik. Mein erstes Mal bei den GRÜNEN war Liebe auf den ersten Blick. Nach drei Jahrzehnten sind Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine fähige Regierungspartei geworden, die glücklicherweise ihr oppositionelles, radikales Image zum Teil wahren konnte. In zehn Jahren haben die GRÜNEN hoffentlich die Atomkraft in Deutschland endgültig abgeschafft und das Schulsystem radikal modernisiert. Ich freue mich darauf, dass in diesem Jahr Jürgen Rüttgers das letzte Mal als Ministerpräsident von NRW Weihnachten feiert und von uns in Rente geschickt wird. An Dortmund gefällt mir die schwarz-gelbe Atmosphäre, das Bier und die Verkehrsinsel an der U-Bahnstation Reinoldikirche.

5. Sebastian Neumann, Azubi.

Bei den GRÜNEN bin ich Sprecher der GRÜNEN Jugend, Sachkundiger Bürger im Ausschuss für Bürgerdienste. Meine politischen Schwerpunkte sind Kommunalpolitik, die Feuerwehr. Mein erstes Mal bei den GRÜNEN ist jetzt schon zwei Jahre her. Neuentreffen der GRÜNEN Jugend im KV Büro. Bereit habe ich es bis jetzt noch nie. Nach drei Jahrzehnten sind Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine politische Kraft, mit der die anderen rechnen müssen. In Sozial- und Umweltpolitik macht uns so schnell keiner etwas vor. In zehn Jahren haben die GRÜNEN hoffentlich den Wechsel auf erneuerbare Energien in Deutschland herbeigeführt und sind der Mehrheitspartner in einer Koalition mit der SPD. Eine GRÜNE Oberbürgermeisterin wäre auch eine schöne Abwechslung. Ich freue mich darauf, dass in diesem Jahr die Vorbereitung auf die Kommunalwahl losgeht und meine Freundin nach Dortmund kommt. An Dortmund gefällt mir, dass wir die Mitte von NRW sind, unsere Innenstadt, das Kreuzviertel und das Solendo am Hafen.

Termine

Das nächste Treffen der GRÜNEN Jugend Dortmund ist am Mittwoch, den 09.04.08 im GRÜNEN-Büro (Ruhrallee 44, um 18.00 Uhr.)

Am einfachsten ist es, sich in einen Email-Verteiler aufnehmen zu lassen. Dann bekommt jedeR, die/der sich für junge, GRÜNE Politik interessiert, eine Einladung per Email. jugend@gruene-dortmund.de

www.gruene-dortmund.de/jugend

Die GRÜNE Jugend Dortmund beteiligt sich auch an Veranstaltungen der GRÜNEN Jugend NRW und der GRÜNEN Jugend Ruhr.

www.gruene-jugend-nrw.de

Veranstaltungen unter Aktuelles/Termine. Eine Auswahl:

05. - 06.04.2008, LMV

Thema: BürgerInnenrechte, Jugendherberge Münster

23. - 25.05.2008, Bundeskongress der GRÜNEN Jugend,

Gesamtschule Bonn -Bad Godesberg

31.05.2008, Tagesereignis

„Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt!“ - Jugendbeteiligung vor Ort, komm.ma!-Seminar.



OV Eving

GRÜNE in Eving — lange Zeit nicht wirklich wahrgenommen, aber seit vielen Jahren aktiv für die Menschen und den Stadtbezirk. Seit den letzten Kommunalwahlen mit *doppelter Kraft* spricht Fraktionsstatus in der Bezirksvertretung Eving.

Eving, geprägt vom Bergbau und seinen Folgen, aber auch von ökologisch hochwertigen Frei- und Naturräumen, wie dem Grävlingholz- und Süggelwald.

Hier haben wir uns in den letzten Jahren u.a. mit folgenden Themen kritisch auseinandergesetzt: Entwicklung des Logistikzentrums *Fürst Hardenberg*, des Industriegebietes *Hardenberghafen* sowie des Service- und Gewerbeparks in der Evinger Mitte mit den Konsequenzen eines rasant ansteigenden LKW-Aufkommens, der Ansiedlung einer Schrott-Recycling-Anlage im *Hardenberghafen* mit den entsprechenden Immissionen, Unterstützung der *Bürgerinitiative gegen Rechts*, der Initiierung eines Mieterbeirates sowie eines *Runden Tisches Lindenhorst*, um nur einige zu nennen.

Eines der aktuellsten Themen in Eving: die politische und auch gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem geplanten Bau eines Minarettts an die bestehenden Moscheegeäude der Selimiye Moschee des DITIP e.V.

Gemeinsam mit dem Kreisverband Dortmund haben wir uns eindeutig für den Bau des Minarettts ausgesprochen. Das direkte Gespräch mit den Vertretern des Moscheevereins führte u. a. zu einer gemeinsamen *Evinger Erklärung*, die in Kooperation mit anderen demokratischen Parteien entstand.

Sie hat über Evings Grenzen hinaus Vorbildcharakter und ist ein deutliches Zeichen von Integrationsbereitschaft und –willen aller Seiten. Der angestoßene Dialogprozess soll nun durch einen *Runden Tisch* fortgesetzt und verstetigt werden. (GS)

Kontakt: Ralf Laske, 0231/9 85 40 13
ralphlaske@gmx.de



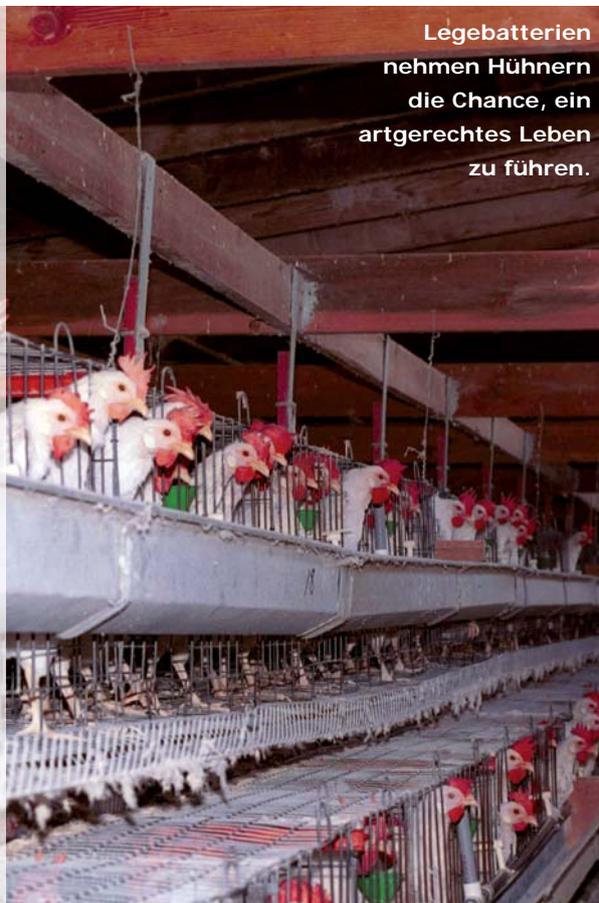
*Vorbild Leipzig —
Dortmund stellt sich
gegen Rechts!*

Ostern: Kein Ei mit der drei!

Zu Ostern ist die Nachfrage nach Eiern besonders groß. Leider ist es noch immer grausame Realität, dass die Hühner in Legebatterien untergebracht sind.

Eingepfercht in viel zu kleine Käfige haben sie nicht die Möglichkeit, ihren angeboren Trieben wie z. B. Ausstrecken, Flattern, Scharren und der Bewegung nachzugehen. Diese Hühner sehen nie das Sonnenlicht. Eintönige Langeweile jeden Tag. Es findet keine Befriedigung der natürlichen Bedürfnisse statt.

Diese Tierquälerei muss ein Ende haben! Käfighaltung von Hennen darf nicht unterstützt werden! Legebatterien müssen verboten werden. Deshalb lautet unser Motto: *Kein Ei mit der drei!* Jedes Ei trägt einen Stempel, aus dem das Herkunftsland und die Art der Hennenhaltung hervorgeht eine 3 steht aber für Käfighaltung. Kaufen Sie lieber Eier mit einer 0, damit die Hühner artgerecht leben können. (JB)



**Legebatterien
nehmen Hühnern
die Chance, ein
artgerechtes Leben
zu führen.**

Vorbild Leipzig — Dortmund stellt sich gegen Rechts! Unter diesem Motto setzt der GRÜNE Kreisverband Dortmund die Veranstaltungsreihe *Kein Fussbreit den Rechten* nach den Veranstaltungen mit Professor Dr. Christoph Butterwegge und Dr. Peter Wahl fort. Die Gäste sind Doris Liebscher vom *Antidiskriminierungsbüro Leipzig* und Hartmut Anders-Hoepgen, Sonderbeauftragter für den *Aktionsplan Vielfalt, Toleranz und Demokratie*. Doris Liebscher wird das *Antidiskriminierungsbüro (ADB)* vorstellen und zum Thema „Was tun gegen Rechtsradikalismus?“ sprechen.

Das *ADB* ist eine zentrale Anlaufstelle im Freistaat Sachsen für von Diskriminierung Betroffene. In den letzten Jahren war das *ADB* maßgeblich daran beteiligt, den Rechtsradikalismus in Leipzig zurückdrängen, Nazi-Aufmärsche zu verhindern und Beratungen,

Schulungen und Informationen zum Thema Anti-Diskriminierung anzubieten. In den neuen Bundesländern arbeiten gegen den Rechtsradikalismus heute professionalisierte Strukturen, wie z.B. die Mobilen Beratungsteams, die Beratungsstellen für „Opfer rechts-extremer Gewalt“ oder das *Antidiskriminierungsbüro Leipzig*.

Ihre Gründung ging oft mit kritikloser Übernahme eines Begriffs von Rechtsextremismus als Rand(gruppen)problem einher.

Das hat dazu geführt, dass die weite Verbreitung von Elementen nationalsozialistischer Ideologie, unter ihnen rassistische, antisemitische, homophobe und demokratiefeindliche Einstellungen, nur dann problematisiert wird, wenn sie sich in gewalttätigen oder symbolisch an den Nationalsozialismus anknüpfenden Aktionen äußern. Der „Rassismus aus der Mitte der

Gesellschaft“ wird in der Praxis nach wie vor ignoriert. Dagegen setzt das *ADB Leipzig* auf eine Arbeit im „horizontalen gesellschaftlichen Verbund.“ Es will rassistische Konfliktdeutungen im politischen und gesellschaftlichen Alltag aufbrechen und jede Form zivilgesellschaftlichen Widerstehens festigen.

Hartmut Anders-Hoepgen ist in Dortmund der Sonderbeauftragte für den *Aktionsplan Vielfalt, Toleranz und Demokratie*. Der Pfarrer und Superintendent im Ruhestand war langjähriger Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Kirchenkreise Dortmund und Lünen. Über bisherige Bemühungen *Gegen Rechts* sagt er: „Wir haben stets auf die Neonaziaufmärsche in Dortmund reagiert. Das war anfangs auch gut und richtig. Doch diese Art von Protest ist mehr und mehr abgestumpft.“

www.adb-sachsen.de (s. Seite 16)

Kopfnoten? NEIN DANKE!!!

Gut, dass wir es jetzt wissen: Du bist sehr gut! Oder gut? Oder befriedigend? Oder vielleicht sogar unbefriedigend? Und Du bekommst das Ganze zu Fächerbenotungen, bei denen wir uns alle klar sind, woher sie kommen und warum auch sie oft weder gerecht noch objektiv sind.

Kopfnoten waren aus guten Gründen abgeschafft und ersetzt durch diverse Formen der Beratung. Warum werden sie jetzt aus einer staubigen Schublade gezogen und ohne umfassende Diskussionen und Erprobungsvorläufe flächendeckend und gnadenlos eingeführt? Für Beratung z.B. an Elternsprechtagen darf kein Unterricht ausfallen, für das mühsame Festlegen von Kopfnoten ist es ausdrücklich und per Erlass erlaubt.

Der Qualitätsgewinn muss geradezu grandios sein, wenn der Fetisch „kein Unterrichtsausfall“ dafür außer Kraft gesetzt wird. Wenn letztlich maximal in dem an sich positiven Einigungsprozess bei der Kopfnotenfestlegung

ein aussageschlapper diffuser Mittelwert herauskommt – was sagt uns das? Und wo ist der Qualitätsgewinn? Qualität von Schule wird so nicht erreicht – und es bleibt dabei: Wir können wiegen soviel wir wollen, das Schwein wird nicht durch Wiegen, sondern durch Füttern fett. Und da sollte doch wohl eher darüber nachgedacht werden, ob wir nicht Schule ändern müssen. Qualität entsteht, wenn SchülerInnen wissen, warum sie lernen, wenn sie mit Freude und ohne Ängste vor unberechenbaren Outputkontrollen nachhaltige und zukunftsfähige Kompetenzen erwerben können.

Gemeinsames Lernen, Förderung der Individualität, kein Turbo-Abitur, Überdenken althergebrachter Fächerstrukturen und vieles mehr sind mit Sicherheit eher geeignet als Kopfnoten, den Bildungsstandort Deutschland in all seiner Vielfalt zu sichern. Kopfnoten bringen es nicht, sie bringen erst recht keine gute Schule. Und von Gerechtigkeit wollen wir schon gar nicht reden. Aus der ganzen Misere hat der Rat in Dortmund Konsequenzen gezogen: Die rot/GRÜNE Mehrheit will das Ärgernis ergebnisoffen diskutieren und entsprechend initiativ werden.

Für uns als GRÜNE sind die Kopfnoten – mindestens unbefriedigend!!! (HS)

Leistungsbereitschaft:	unbefriedigend
Zuverlässigkeit und Sorgfalt:	befriedigend
Selbstständigkeit:	unbefriedigend
Verantwortungsbereitschaft:	gut
Konfliktverhalten:	sehr gut
Kooperationsfähigkeit:	unbefriedigend

das Dortmunder

Sozialticket

ist da:

Bus und Bahn fahren für

15[€]_{,00}

pro Monat im Jahresabo

ein Beispiel für GRÜNE Politik vor Ort

www.gruene-dortmund.de

sozial

erhalten können es alle, die Anspruch auf den Dortmund-Pass haben, z. B. Empfänger/-innen von Hartz-IV, Mini-Renten und Sozialgeld

mobil

das Sozialticket ist das Ticket1000: mobil in ganz Dortmund rund um die Uhr; werktags ab 19 Uhr, an Wochenenden und Feiertagen fahren noch 1 Erwachsener und max. 3 Kinder kostenlos mit

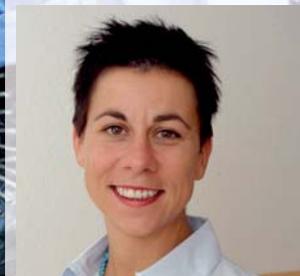
gerecht

das preisgünstigste Sozialticket bundesweit ermöglicht über 80.000 an der Armutsgrenze lebenden Menschen Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt



Kein Fussbreit den Rechten!

*Vorbild Leipzig —
Dortmund stellt sich
gegen Rechts!*



Gäste:

Doris Liebscher,
Antidiskriminierungsbüro Leipzig
Hartmut Anders-Hoepgen,
*Sonderbeauftragter für den
Aktionsplan Vielfalt, Toleranz
und Demokratie.*

08.04.2008, 19.00 Uhr
Auslandsgesellschaft NRW e. V.,
Steinstraße 48,
Hauptbahnhof Dortmund (Nordausgang)